



HAUS RISSEN HAMBURG

75 Jahre Grundgesetz

Einheit xyz

tt.mm. – tt.mm.2024

Unterbringung (im Gästehaus / im Hotel Kreuzer / extern in Eigenregie)

Tag 1, tt.mm.2024

bis 12:30	Anreise zum HAUS RISSEN <i>(Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg)</i>	
12:30 – 13:30	Mittagessen	
13:30 – 13:45	Begrüßung & Einführung in das Seminar	N.N. Seminarleitung Referent/in für Sicherheitspolitik HAUS RISSEN
13:45 – 15:00	75 Jahre Grundgesetz I: Der Weg zum Grundgesetz <i>Die Bonner Republik und die Lehren aus Weimar</i>	Helene Bührig Referentin für Sicherheitspolitik HAUS RISSEN
15:00 – 15:30	Kaffeepause & Beziehen der Zimmer	
15:30 – 17:00	75 Jahre Grundgesetz II: Demokratien unter Druck <i>Populismus, Extremismus und die Zukunft der Demokratie</i>	Enrico Liedtke Referent für Sicherheitspolitik HAUS RISSEN
ab 17:00	Abendessen & Abendgestaltung in Eigenregie	

Tag 2, tt.mm.2024

07:00 – 09:00 **Frühstück & Abgabe der Zimmerschlüssel**



HAUS RISSEN

HAMBURG

09:00 – 10:30	75 Jahre Grundgesetz III: Demokratiezerfall und Bündnissolidarität <i>Wie stabil sind NATO und EU?</i>	Enrico Liedtke
10:30 – 11:00	Kaffeepause	
11:00 – 12:30	75 Jahre Grundgesetz IV: Kampf der Systeme? <i>Demokratie und Autokratie im internationalen Wettbewerb</i>	Enrico Liedtke
12:30 – 13:30	Mittagessen	
13:30 – 15:00	75 Jahre Grundgesetz V: Außenpolitik und Grundgesetz <i>Deutsche Außenpolitik zwischen Werten und Interessen</i>	Enrico Liedtke
15:00 – 15:30	Kaffeepause	
15:30 – 16:45	75 Jahre Grundgesetz VI: Die Bundeswehr als Parlamentsarmee <i>Demokratische Kontrolle militärischer Einsätze</i>	Helene Bührig
16:45 – 17:00	Feedback & Verabschiedung	N.N. Seminarleitung Referent/in für Sicherheitspolitik HAUS RISSEN
ab 17:00	Abreise	
Seminarleitung:	N.N. Referent/in für Sicherheitspolitik HAUS RISSEN	

Programmänderungen vorbehalten.



HAUS RISSEN HAMBURG

Leistungsbeschreibungen

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz I: Der Weg zum Grundgesetz

Die Bonner Republik und die Lehren aus Weimar

Referentin: Helene Bührig

Am 23. Mai 2024 wird das Grundgesetz 75 Jahre alt. Anlass Genug, um den Weg zum Grundgesetz noch einmal zu rekapitulieren und die Relevanz der deutschen Verfassung für unsere aktuelle Zeit zu beleuchten.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland enthält alle rechtlichen Grundordnungen unseres Gemeinwesens und beinhaltet Rechtsnormen, die sich über die Staatslenkung, die Staatsorgane und deren Kompetenzbereiche bis hin zu den Grundrechten einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers erstrecken. In seiner Entstehungsphase galt das Grundgesetz nur als Provisorium, daher auch die Abkehr vom Titel „Verfassung“, welche die Übergangszeit mit einer verfassungsrechtlichen Ordnung versehen sollte. Im Prozess der Verfassungserarbeitung selbst schwangen die „Lehren aus Weimar“ für die Väter und Mütter des Grundgesetzes mit, und es galt aus der Geschichte zu lernen und den Wesenskern des deutschen Staatswesens rechtlich so abzusichern, dass eine Machtzentrierung, eine Aushebelung von Grundrechten und eine Umkehrbarkeit der Verfassung negiert und erschwert wurden. Diese Seminareinheit behandelt nach einer historischen Rückschau die Relevanz einer sich selbst-bindenden Rechtsordnung, die ein System sowohl vor internen als auch externen Angriffen schützt.

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz II: Demokratien unter Druck

Populismus, Extremismus und die Zukunft der Demokratie

Referent: Enrico Liedtke

Deutschland ist ein Nachzügler, doch in vielen Demokratien Europas gehört der parteiförmige Rechtspopulismus seit vielen Jahren zum festen Inventar des Parteiensystems. Mit der Zunahme, Häufung und Verdichtung von Krisen gewinnen rechtspopulistische Parteien an Zuspruch, erschweren die politische Mehrheitsbildung jenseits radikaler Positionen und stellen die liberale Demokratie und ihre Werte zunehmend offen in Frage. Selbst die ältesten Demokratien westlicher Prägung geraten unter dem wachsenden Einfluss von Rechtspopulisten in Bedrängnis (Trump, Brexit).



HAUS RISSEN HAMBURG

Unlängst geht deren Wahlerfolg über die reine Protestwahl hinaus; er ist vielmehr zum Ausdruck antiliberaler oder gar rechtsextremer Einstellungen geworden.

Die Seminareinheit widmet sich dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien seit den 1980er Jahren und den Erklärungsansätzen für ihren Erfolg. Beleuchtet werden gängige populistische Charakteristika und Narrative sowie Berührungspunkte mit extremistischen Strömungen. Diskutiert werden soll, welche Herausforderung der Rechtspopulismus für die Demokratie darstellt und welche Instrumente einer wehrhaften Demokratie geeignet sind, demokratiefeindlichen Bestrebungen wirkungsvoll zu begegnen. Welche Folgen hat es, wenn Rechtspopulisten die politische Debatte bestimmen, zur Polarisierung beitragen oder an der Regierungsführung beteiligt werden? Und bis wohin kann und muss eine Demokratie dies aushalten?

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz III: Demokratiezerfall und Bündnissolidarität

Wie stabil sind NATO und EU?

Referent: Enrico Liedtke

Die Erosionstendenzen der westlichen Demokratien, die u.a. durch Vertrauensverlust, Populismus und den Dauerzustand einer so genannten Polykrise hervorgerufen und beschleunigt werden, haben nicht nur Auswirkungen auf die innere Stabilität politischer Systeme und den Zusammenhalt von Gesellschaften. Sie beeinflussen auch das Vertrauen und den Zusammenhalt in internationalen Bündnissen wie der NATO oder der Europäischen Union. Da sich diese hochgradig entwickelten internationalen Kooperationsformate nicht zuletzt als Wertegemeinschaft verstehen, kann eine Abkehr von diesen Werten und gemeinschaftlichen Normen in einzelnen Mitgliedstaaten auch unmittelbar die Qualität und den Zusammenhalt innerhalb dieser Bündnisse beeinträchtigen.

Weil die Bedeutung von NATO und EU von existenziellem Interesse für Deutschland ist, wird in dieser Seminareinheit über die Konsequenzen nachgedacht, die ein Mangel an Vertrauen in gemeinsame Überzeugungen und Regeln sowie bündnisinterner Solidarität mit sich bringen können. Wohin kann es führen, wenn die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung den bislang geltenden Grundkonsens in Frage stellt und die innere Verfasstheit einiger Mitgliedstaaten nicht mehr kompatibel mit den Vorstellungen der anderen Partner und Verbündeten ist? Und wie stabil kann ein Bündnis noch sein, wenn die gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen es beruht, durch Desinformationen und Spaltungsversuche von innen und außen ins Wanken geraten?



HAUS RISSEN HAMBURG

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz IV: Kampf der Systeme?

Demokratie und Autokratie im internationalen Wettbewerb

Referent: Enrico Liedtke

Die Weltordnung gerät zunehmend in eine ideologisch aufgeladene Polarisierung. Ganze Wertesysteme stehen sich gegenüber in dem Ringen um gute Herrschaft und wirkungsvolles politisches Handeln. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie warf wirkmächtig und exemplarisch zugleich die Frage in den Raum, welches System besser in der Lage sei, auf Krisen zu reagieren und politische Probleme zu lösen: Demokratien oder Autokratien? Auch abseits dessen stehen sich weltweit ein liberaldemokratisches sowie ein autoritäres Modell von politischer Herrschaft gegenüber, die nicht nur die Form innerstaatlicher Organisation berühren, sondern ebenso die Frage nach einer guten internationalen Ordnung.

Was dieses Gegenüber für die internationale Politik bedeutet, ist Gegenstand dieser Seminareinheit. Was charakterisiert diesen Systemkonflikt zwischen Demokratie und Diktatur auch unterhalb der Oberfläche? Ist ein System dem anderen wirklich überlegen und welche Rolle spielt das für die internationalen Beziehungen und Formen der Zusammenarbeit? Wie lassen sich die Demokratisierungsbestrebungen des Westens, die in den letzten zwei Jahrzehnten mit unterschiedlichem Eifer vorangetrieben wurden, in diese Konfliktkonstellation einordnen und bewerten? Und steht am Ende dieses Konflikts womöglich eine geteilte Welt, in der nur noch Regime gleichen Typs miteinander kooperieren?

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz V: Außenpolitik und Grundgesetz

Deutsche Außenpolitik zwischen Werten und Interessen

Referent: Enrico Liedtke

In der Debatte um die Neuausrichtung deutscher Außenpolitik werden vermehrt Stimmen laut, dass diese wertegeleitet zu sein habe. Demgegenüber steht das altbekannte Dogma, demnach Außenpolitik lediglich durch Interessen bestimmt sei. Zwischen diesen Polen der strategisch-inhaltlichen Verortungsdebatte lohnt sich ein Blick auf die tiefere Beschaffenheit des Verhältnisses zwischen Werten und Interessen. Schließen sich beide tatsächlich aus oder stehen sie nicht vielmehr in einer engen Verbindung und wechselseitigen Beeinflussung? Wird in der Diskussion darüber, welche Interessen durch politisches Handeln verfolgt werden sollen, nicht vergessen, dass Politik auch einen Orientierungsrahmen braucht? Und gilt nicht zuletzt auf Grund der historischen



HAUS RISSEN HAMBURG

Erfahrungen, dass eine Politik ohne oder gar die „falschen“ Werte verheerende Folgen haben kann?

Ausgehend von diesen Fragen und anlässlich des deutschen Verfassungsjubiläums beleuchtet diese Seminareinheit die ideellen und rechtlichen Voraussetzungen deutscher Außenpolitik. Was sagt eigentlich das Grundgesetz über die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik und auf welche ideellen verfassungsrechtlichen Bestimmungen muss sich deutsche Außenpolitik stützen? Was sind die nationalen Interessen Deutschlands und stehen diese überhaupt in einem Widerspruch zu den Werten, auf denen der Staat aufgebaut ist? Ziel ist es, ein Verständnis darüber zu entwickeln, was unter wertegeleiteter Außenpolitik verstanden werden kann und wie Werte und Interessen im politischen Entscheidungsalltag gegeneinander abgewogen werden können und müssen.

Vortrag: 75 Jahre Grundgesetz VI: Die Bundeswehr als Parlamentsarmee

Demokratische Kontrolle militärischer Einsätze

Referentin: Helene Bührig

In demokratisch verfassten Staaten gilt für die nationalen Streitkräfte das Primat der Politik, also eine politische Kontrolle der Armee. Im Gegensatz zu vielen anderen demokratischen Ländern kommt in der Bundesrepublik Deutschland dem Parlament eine besondere, im Grundgesetz verankerte Kontrollfunktion gegenüber den Streitkräften zu, so dass von der Bundeswehr auch als Parlamentsarmee gesprochen wird.

Das Modul untersucht die historische Entstehung und die Ausgestaltung dieser parlamentarischen Kontrollfunktion. Die Rolle und Aufgaben des Verteidigungsausschusses werden anhand konkreter Fallbeispiele betrachtet, ebenso wie die der Wehrbeauftragten. Welche Auswirkungen hatten die jährlichen Berichte des/der Wehrbeauftragten seit Schaffung des Amtes 1959? Zudem werden die parlamentarischen Verfahren für die Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten Auslandseinsätzen und zur Beschaffungsgenehmigung von Rüstungsgütern (oberhalb von 25 Mio. €) erörtert. Wie wirken sich die Entschlüsse von BMVg und Parlament zur Beschleunigung des Beschaffungswesens auf die parlamentarische Kontrollfunktion einerseits und die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr andererseits aus? Hat sich das Prinzip der Parlamentsarmee bewährt? Wo und wie müsste gegebenenfalls nachjustiert werden?